

Bilder von mir im Netz

Was darf ich und was dürfen andere?



Museum für Kommunikation
Nürnberg,
10. Februar 2015

Thomas Kranig
Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht



Agenda

1

Umgang mit Bildern – Was sagt das Gesetz?

2

Und wenn man dagegen verstößt?

3

Beispielsfälle aus der Rechtsprechung

4

Sonderfall der Dashcams

5

Wem gehört eigentlich ein Bild?

6

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy



Agenda

1

Umgang mit Bildern – Was sagt das Gesetz?

2

Und wenn man dagegen verstößt?

3

Beispielsfälle aus der Rechtsprechung

4

Sonderfall der Dashcams

5

Wem gehört eigentlich ein Bild?

6

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy

Grundsatz:

Erforderlich ist die Erlaubnis des Fotografen bzw. Urhebers, sein Bild verwenden und veröffentlichen zu dürfen und bei Fotos oder Filmen von Personen die grundsätzlich Erlaubnis der abgebildeten Person.

Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie

KunstUrhG – KUG vom 9. Januar 1907 (kein Schreibfehler !!)

§ 22

Bildnisse dürfen nur mit **Einwilligung** des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden. Die Einwilligung gilt im Zweifel als erteilt, wenn der Abgebildete dafür, dass er sich abbilden ließ, eine Entlohnung erhielt. Nach dem Tode des Abgebildeten bedarf es bis zum Ablaufe von 10 Jahren der Einwilligung der Angehörigen des Abgebildeten. Angehörige im Sinne dieses Gesetzes sind der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner und die Kinder des Abgebildeten und, wenn weder ein Ehegatte oder Lebenspartner noch Kinder vorhanden sind, die Eltern des Abgebildeten.

Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie

KunstUrhG – KUG vom 9. Januar 1907 (kein Schreibfehler !!)

- **Einwilligung:** konkludente Einwilligung reicht
- **verbreitet oder öffentlich zur Schau stellen** = Weitergabe des Originals oder von Kopien, die das Risiko einer nicht mehr zu kontrollierenden Kenntnisnahme in sich birgt, egal, ob in Zeitschrift, Buch, Postkarte, Foto oder Film; Möglichkeit der Kenntnisnahme reicht; Aushang im Schaukasten oder Museum reicht;
- Die **Einwilligung gilt im Zweifel als erteilt**, wenn der Abgebildete dafür, dass er sich abbilden ließ, eine Entlohnung erhielt.
- Nach dem Tode des Abgebildeten bedarf es bis zum Ablaufe von 10 Jahren der Einwilligung der Angehörigen des Abgebildeten. Angehörige sind ...

Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie

KunstUrhG – KUG vom 9. Januar 1907 (**kein Schreibfehler !!**)

§ 23

(1) **Ohne** die nach § 22 erforderliche **Einwilligung** dürfen verbreitet und zur Schau gestellt werden:

1. Bildnisse aus dem Bereiche der **Zeitgeschichte**;
2. Bilder, auf denen die Personen nur als **Beiwerk** neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen;
3. Bilder von **Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen**, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben;
4. Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, sofern die Verbreitung oder Schaustellung einem **höheren Interesse der Kunst** dient.

(2) Die Befugnis erstreckt sich jedoch nicht auf eine Verbreitung und Schau-
stellung, durch die ein **berechtigtes Interesse des Abgebildeten** oder,
falls dieser verstorben ist, seiner Angehörigen verletzt wird.

Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, sofern die Verbreitung oder Schau stellung einem **höheren Interesse der Kunst** dient

Ein **höheres Interesse der Kunst** ist nur gegeben, wenn die Abbildung der Kunst im Sinne des Art. 5 Grundgesetz dient und eine Interessenabwägung ergibt, dass die Herstellung bzw. Verwertung des Bildes für den künstlerischen Zweck notwendig, geboten und verhältnismäßig ist. Angesichts des bewusst restriktiven Anwendungsbereichs der Vorschrift ist diese auf eine Verwertung zu anderen als künstlerischen Zwecken, namentlich zu gewerblichen Zwecken, nicht anwendbar.

Kein Kunstwerk, wenn für Ebay-Verkauf vorbereitet

**Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste
und der Photographie**

KunstUrhG – KUG vom 9. Januar 1907 (**kein Schreibfehler !!**)

§ 24

Für **Zwecke der Rechtspflege** und der öffentlichen Sicherheit dürfen **von den Behörden** Bildnisse ohne Einwilligung des Berechtigten sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden.

... aber nicht von Privaten, Selbstjustiz ist nicht erlaubt



Dienststellensuche

Volltextsuche

Regionale Polizeiverbände



Überregionale Verbände

[» Weitere](#)

- Reiseinformation für tschechische Bürger
- Kontakt
- Impressum
- Inhaltsverzeichnis
- RSS-Feeds

Polizei Bayern » PP Mittelfranken » Fahndung » Personen » Unbekannte Straftäter

06.10.2014, PP Mittelfranken

[Hinweisformular](#) | [Tip-off form](#)

Bewaffneter Raubüberfall auf Juweliergeschäft in Fürth

Wie mit Pressemeldung 480 berichtet, wurde am Freitagnachmittag (14.03.2014) ein Juweliergeschäft in der Fürther Innenstadt überfallen. Die Polizei veröffentlicht nun ein Fahndungsplakat und einen Videoclip, der die Tatverdächtigen zeigt.

Tatzeit

14.03.2014, 16:40

Tatort

Fürth, Königstraße

Größe

Figur

Geschätztes Alter

Augenfarbe

Haare

Geschlecht

Sprache/Dialekt



Unbekannter Täter 1:

ca. 190 cm, muskulös, ca. 30-40 Jahre alt, dunkle Haare



Unbekannter Täter 2:

G7 - GIPFEL 2015



Pressemeldungen

Vollsperrung der BAB 9 nach Unfällen in Fahrtrichtung Norden und Süden »

Über acht Dutzend Duftwasser sichergestellt »

Verkehrsunfall mit fünf leicht Verletzten »

[weitere »](#)

Fahndungen

Brandstiftung in geplanter Asylbewerberunterkunft in Vorra »

Versuchter Raubüberfall auf Geldinstitut »

Bewaffneter Raubüberfall auf Juweliergeschäft in Fürth »

[weitere »](#)

Veranstaltungen

Konzerttermine des Polizeiorchesters Bayern »

[weitere »](#)



Agenda

1

Umgang mit Bildern – Was sagt das Gesetz?

2

Und wenn man dagegen verstößt?

3

Beispielsfälle aus der Rechtsprechung

4

Sonderfall der Dashcams

5

Wem gehört eigentlich ein Bild?

6

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy

Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie

KunstUrhG – KUG vom 9. Januar 1907 (**immer noch kein Schreibfehler !!**)

§ 33

- (1) Mit **Freiheitsstrafe** bis zu einem Jahr oder mit **Geldstrafe** wird bestraft, wer entgegen den §§ 22, 23 ein Bildnis verbreitet oder öffentlich zur Schau stellt.
- (2) Die Tat wird nur auf **Antrag** verfolgt.

... und wenn die Presse oder
das Fernsehen Bilder oder
Videos veröffentlichen?



PUBLIZISTISCHE GRUNDSÄTZE
(PRESSEKODEX)

Richtlinien für die publizistische Arbeit nach
den Empfehlungen des Deutschen Presserates

Beschwerdeordnung

<http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/>

Der Pressekodex

Grundlage für die Beurteilung der von Lesern eingereichten Beschwerden sind die Publizistischen Grundsätze, der Pressekodex. Er enthält 16 Ziffern, die Maßstäbe hinsichtlich der Berichterstattung und des journalistischen Verhaltens festlegen. Mit ihnen wird die Wahrung der Berufsethik sichergestellt. Ergänzende Richtlinien bieten darüber hinaus praktische Hilfen, um in der redaktionellen Praxis auftretende Fragen zu beurteilen.

▼ Ziffer 8 – Schutz der Persönlichkeit

Die Presse achtet das Privatleben des Menschen und seine informationelle Selbstbestimmung. Ist aber sein Verhalten von öffentlichem Interesse, so kann es in der Presse erörtert werden. Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen; bloße Sensationsinteressen rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung. Soweit eine Anonymisierung geboten ist, muss sie wirksam sein.

Die Presse gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.

(2) Die Presse veröffentlicht dabei Namen, **Fotos** und andere Angaben, durch die Verdächtige oder Täter identifizierbar werden könnten, nur dann, wenn das berechnigte Interesse der Öffentlichkeit im Einzelfall die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegt. Bei der Abwägung sind insbesondere zu berücksichtigen: die Intensität des Tatverdachts, die Schwere des Vorwurfs, der Verfahrensstand, der Bekanntheitsgrad des Verdächtigen oder Täters, das frühere Verhalten des Verdächtigen oder Täters und die Intensität, mit der er die Öffentlichkeit sucht.



Agenda

1

Umgang mit Bildern – Was sagt das Gesetz?

2

Und wenn man dagegen verstößt?

3

Beispielsfälle aus der Rechtsprechung

4

Sonderfall der Dashcams

5

Wem gehört eigentlich ein Bild?

6

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy

Beispielsfall Nr. 1

Sachverhalt: Wohnungsbaugesellschaft macht von Oma, Tochter und Enkelin auf Mieterfest Foto, veröffentlicht dies in ihrer Broschüre: „Informationen der Genossenschaft“ (Auflage 2800 Stück, Verteilung an Genossenschaftsmieter) neben weiteren Fotos des Mieterfestes. Dies Oma, Tochter und Enkelin wollen Schadensersatz in Höhe von 3000 € und Ersatz der Abmahnungskosten in Höhe von 837,52 €.

Lösung: Keine Einwilligung der Betroffenen erforderlich, weil Bild dem **Bereich der Zeitgeschichte** zuzuordnen ist (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG). Dieser maßgebliche Begriff des Zeitgeschehens umfasst alle Fragen von allgemeinem gesellschaftlichen Interesse. Dazu können auch Veranstaltungen von nur regionaler oder lokaler Bedeutung gehören. Mieterfest ist Ereignis von lokaler gesellschaftlicher Bedeutung. Informationsbroschüre wird nur an einen beschränkten Personenkreis verteilt. Auch Wohnungsbaugesellschaft kann sich auf Grundrecht der Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG berufen.

Berechtigte Interessen der Abgebildeten sind nicht verletzt (§ 23 Abs. 2 KUG).

BGH, Urt. vom 08.04.2014, VI ZR 197/13

Beispielsfall Nr. 2

Sachverhalt: Hostess hat auf Eventparty mit Prominenten Zigaretten angeboten. Partyveranstalter hat Bild von Hostess auf seinem Internetportal veröffentlicht, wie sie Zigaretten anbietet. Partyveranstalter hat Unterlassungserklärung unterschrieben, Anwaltskosten aber nicht bezahlt. Hostess will Rechtsanwaltskosten in Höhe von 775,64 EUR.

Lösung: Es ist von **konkludenter Einwilligung** auszugehen, wenn Hostess auf Party mit prominenten Gästen als Aktionsware Zigaretten anbietet. Hostess musste durch Art der Veranstaltung und Art ihrer Tätigkeit mit Fotoaufnahmen auch ihrer Person und deren Veröffentlichung rechnen.

BGH, Urt. vom 11.11.2014, VI ZR 9/14

Beispielsfall Nr. 3

Sachverhalt: Klägerin betreute auf der Kinderintensivstation u.a. den am 3.2.2013 geborenen und am 9.5.2013 verstorbenen G. Sie veröffentlichte auf der Startseite ihres Facebook-Auftritts u.a. eine Fotografie von sich und G. sowie für alle oder einen Teil ihrer so genannten "Facebook-Freunde" aufrufbare weitere Fotografien. Krankenhaus spricht außerordentliche Kündigung aus.

facebook

Lösung: Die Klägerin hat mit der Veröffentlichung der Bilder des Patienten G. in ihrem Facebook-Auftritt ihre Schweigepflicht (§ 203 StGB) als medizinische Mitarbeiterin und ihre arbeitsvertragliche Geheimhaltungsverpflichtung (§ 5 BDSG) verletzt. Eine ungenehmigte Verbreitung von Patientenbildern in einem sozialen Netzwerk wie Facebook stellt einen erheblichen Verstoß gegen die Schweigepflicht dar. Dadurch können die Persönlichkeitsrechte des betroffenen Patienten schwerwiegend verletzt werden. **Dabei ist zu berücksichtigen, dass letztlich der Personenkreis, der Zugang zu den unerlaubt veröffentlichten Bildern erhalten kann, nicht zu begrenzen ist. Denn selbst wenn der Zugriff auf die Bilder zunächst nur bestimmten Nutzern erlaubt wird, besteht doch keinerlei Möglichkeit, einer weiteren Verbreitung der Bilder durch diese Nutzer entgegen zu wirken.** Die Persönlichkeitsrechtsverletzung, die bereits in der unberechtigten Weitergabe eines Patientenbildes liegt, kann deshalb bei einer Veröffentlichung auf Facebook im Grunde nicht zuverlässig eingegrenzt werden.

LAG Berlin-Brandenburg, Urt. vom 11.04.2014, 17 Sa 2200/13

Beispielsfall Nr. 4

Sachverhalt: Arbeitgeber hat Foto der Klägerin (an ihrem Schreibtisch sitzend und ein Telefongespräch führend) auf Firmen-Homepage mit Kenntnis der Klägerin gestellt. Klägerin ist bei Firma ausgeschieden. Bild war noch auf Homepage. Klägerin will Schadensersatz.

Lösung: Das - zumindest stillschweigend - erklärte **Einverständnis** eines Arbeitnehmers damit, dass der Arbeitgeber auf seiner Homepage ein am Arbeitsplatz aufgenommenes Foto des Arbeitnehmers veröffentlicht, **erlischt nicht** ohne Weiteres **automatisch** im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, sofern der Arbeitnehmer nicht ausdrücklich Gegenteiliges erklärt (hat). Dies gilt jedenfalls dann, wenn das **Foto zu reinen Illustrationszwecken** dient und keinen auf die individuelle Person des Arbeitnehmers Bezug nehmenden Inhalt transportiert. Schadensersatz gibt es nicht.
(Bild „muss“ und wurde aber sofort nach Widerruf der Einwilligung durch Klägerin von der Homepage gelöscht.)

LAG Köln, Beschluss vom 10.07.2009, 7 Ta 126/09

Beispielsfall Nr. 5

Sachverhalt: Disco macht Foto von Besuchern und stellt diese ins Internet.

Lösung: Die Veröffentlichung von Fotos, die eine Person in einer Menge von Menschen in einer Disco zeigen, wobei jedoch die Erkennbarkeit der Gesichtszüge der fotografierten Person als Einzelperson gewahrt bleibt, ist **ohne Genehmigung der fotografierten Person grundsätzlich unzulässig**. Eine ausdrückliche oder konkludente Einwilligung aufgrund der Tatsache, dass es heute zunehmend als üblich angesehen wird, dass in Diskotheken zu Werbezwecken Fotografien gefertigt und im Internet veröffentlicht werden, ist vorliegend nicht anzunehmen. Insbesondere kann auch im Betreten der Diskothek nicht per se vor diesem Hintergrund eine stillschweigende Einwilligung erkannt werden.

LAG Köln, Beschluss vom 10.07.2009, 7 Ta 126/09



Agenda

1

Umgang mit Bildern – Was sagt das Gesetz?

2

Und wenn man dagegen verstößt?

3

Beispielsfälle aus der Rechtsprechung

4

Sonderfall der Dashcams

5

Wem gehört eigentlich ein Bild?

6

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy

Sonderfall Dashcam

Alles aufnehmen, was vor die Dashcam-Linse kommt und nur privat anschauen, geht.

Alles aufnehmen, was vor die Dashcam-Linse kommt und

- auf Youtube stellen,
- Facebook posten,
- Polizei geben,
- Versicherung geben

geht nicht.

Sonderfall Dashcam

BAYERISCHES LANDESAMT FÜR DATENSCHUTZAUF SICHT



Bayer. Landesamt für Datenschutzaufsicht • Postfach 6 06 • 91511 Ansbach

Anordnung:

¶

1. a) Ihnen wird untersagt, mit Ihrer in Ihrem Fahrzeug eingebauten On-Board-Kamera während der Autofahrt permanente Aufnahmen des von Ihnen befahrenen öffentlichen Bereichs zu machen. ¶
- b) Sie werden verpflichtet, Aufnahmen, die Sie mit Ihrer in Ziffer 1.a) genannten Kamera gemacht haben, innerhalb einer Woche nach Unanfechtbarkeit dieses Bescheides zu löschen. ¶
- c) Sie werden verpflichtet, dem Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht die in Ziffer 1.b) angeordnete Löschung innerhalb von zwei Wochen nach Unanfechtbarkeit dieses Bescheides schriftlich zu bestätigen. ¶

¶

Sonderfall Dashcam

Formfehler rettet Autokamera

Kläger siegte vor dem Verwaltungsgericht – Dennoch Verstoß gegen Datenschutz

ANSBACH (sh) – Am Ende gab allein ein Formfehler den Ausschlag. Ein Rechtsanwalt, der wegen seiner Autokamera gegen das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht geklagt hatte, bekam gestern vom Verwaltungsgericht Ansbach Recht. Er darf damit seine Kamera weiter nutzen. Die Bedenken der Datenschützer teilte das Gericht. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falls ließ die 4. Kammer die Berufung zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zu.

Wie aus einer Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtes hervorgeht, hat die Kammer der Klage des Rechtsanwaltes „aus formalen Gründen stattgegeben“. Entscheidend waren zwei juristische Begriffe: Ermessen und Bestimmtheit.

So bemängelten die Richter, das Landesamt habe das ihm eingeräumte Ermessen nicht ordnungsgemäß ausgeübt. Bei der Bestimmtheit rügte das Gericht, dass der Bescheid nicht angebe, der Einsatz welcher konkreten Kamera untersagt werde. Damit sei es nicht möglich, ein Verbot durchzusetzen.

In allen weiteren – dann inhaltlichen – Fragen gab das Verwaltungsgericht in der Verhandlung dem Landesamt Recht. Danach ist der permanente Einsatz einer an der Windschutzscheibe oder am Armaturenbrett montierten Kamera nicht zulässig, wenn die Aufnahmen später an Dritte wie die Polizei oder ein Internetportal weitergegeben werden. Der Kläger verlasse damit den persönlichen oder familiären Bereich.

Laut 4. Kammer werden mit den Videoaufnahmen auch personenbezogene Daten verarbeitet, die es ermöglichen, Personen zu identifizieren. Das Abwägen zwischen den Interessen des Klägers und den Interessen der Personen, die ohne ihr Wissen gefilmt werden, fällt nach Auffassung des Gerichts zu Ungunsten des Klägers aus. Maßgebend sei, dass das Bundesdatenschutzgesetz heimliche Aufnahmen unbeteiligter Dritter grundsätzlich nicht zulasse und solche Aufnahmen einen erheblichen Eingriff in das Persönlichkeitsrecht darstellten.

Viele deutsche Autofahrer haben inzwischen solche Kameras in ihre

Fahrzeuge eingebaut. Sie wollen für den Fall gerüstet sein, dass sie in einen Unfall verwickelt oder einer Ordnungswidrigkeit beschuldigt werden. Die Videoaufnahmen sollen das tatsächliche Geschehen beweisen.

Datenschützer sehen das mit einem Unbehagen. Dem Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht mit Sitz in Ansbach fiel es zu, ein bundesweites Musterverfahren zu führen. Das Team um Präsident Thomas Kranig hatte dazu einen aus seiner Sicht „ganz eindeutigen Fall“ gefunden.

Insgesamt 22 Anzeigen bei der Polizei erstattet

Von der Polizei informiert, stießen die Datenschützer, die in Bayern für den gesamten nichtöffentlichen Bereich zuständig sind, auf einen Rechtsanwalt aus dem Ballungsraum Nürnberg. Wie in der Verhandlung gestern bekannt wurde, erstattete der Mann 22 Anzeigen bei der Polizei, fünf untermauerte er mit Videomaterial. Laut Landesamt soll er auch Fälle angezeigt haben, die ihn gar nicht betrafen.



Um für die Verhandlung gerüstet zu sein, kaufte das Landesamt eigens eine baugleiche Kamera. Fotos: Haberl

Die 4. Kammer unter dem Vorsitz von Dr. Alexander Walk nahm 75 Minuten Zeit, um alle Aspekte der Beteiligten durchzusprechen. Der Kläger selbst ließ sich durch eine Anwältin Cornelia Ahrens (Nürnberg) vertreten. Sie erklärte, Mandant sei meistens alleine im to unterwegs. Um Nötigungen



Thomas Kranig, Präsident des Landesamts für Datenschutzaufsicht.



Die Verhandlung über die Autokamera lockte mehrere Kamerateams in den Sitzungssaal des Ansbacher Verwaltungsgerichtes.



War ohne Mandanten gekommen Rechtsanwältin Cornelia Ahrens.

10 Bayern & Region

Telefon: (089) 53 06-424
bayern@medien-aktuell.de
Telefax: (089) 53 06-86 54

Münchener Merkur Nr. 1

VERWALTUNGSGERICHT ENTSCHEIDET

Auto-Kamera verstößt gegen Datenschutz

Auf den ersten Blick ist es eine Niederlage für die Datenschutzbehörde, auf den zweiten Blick ein Triumph. Erstmals hat ein deutsches Gericht bestimmte Einsatzzwecke von Auto-Video-Kameras für unzulässig erklärt.

VON KLAUS TSCHARNKE

Ansbach – Datenschützer haben im bundesweit ersten Prozess um die Zulässigkeit so genannter Dashcams einen Triumph errungen. Das Verwaltungsgericht im fränkischen Ansbach erklärte gestern den Einsatz der Auto-Video-Kameras, die während der Fahrt permanent das Verkehrsgeschehen aufzeichnen, unter bestimmten Bedingungen für unzulässig.

So dürfen damit keine Aufnahmen in der Absicht gemacht werden, sie später ins Internet zu stellen, auf YouTube und Facebook hochzuladen oder Dritten, etwa der Polizei, zu übermitteln. Im konkreten Fall hob das Gericht allerdings ein behördliches Verbot wegen eines Formfehlers auf. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung hat die Kammer



Kamera an Bord – geht nicht mehr. Das hat das Ansbacher Verwaltungsgericht gestern entschieden.

INTERVIEW MIT DATENSCHÜTZER

Filmen ist in Ordnung, weitergeben nicht

Beim Konzert beim Radio...



Agenda

1

Umgang mit Bildern – Was sagt das Gesetz?

2

Und wenn man dagegen verstößt?

3

Beispielsfälle aus der Rechtsprechung

4

Sonderfall der Dashcams

5

Wem gehört eigentlich ein Bild?

6

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy

Grundsatz:

Erforderlich ist die Erlaubnis des Fotografen bzw. Urhebers, sein Bild verwenden und veröffentlichen zu dürfen und bei Fotos oder Filmen von Personen die grundsätzlich Erlaubnis der abgebildeten Person.

Urheberrecht

(regelt, egal was drauf ist, ob man das Bild nutzen darf)

**Wer Bildmaterial nutzen möchte,
muss über die notwendigen Rechte verfügen.**

- Jedes Foto ist mit der Entstehung für den Urheber geschützt, ohne dass er dieses Recht irgendwo anmelden müsste.
- Fotografen oder Bildagenturen gewähren für die Verwendung eines Bildes Lizenzen (zeitlich, örtlich, zweckorientiert [Zeitung, Internet o.ä.])
- Grundsätzlich besteht Pflicht zur Nennung des Urhebers bzw. Fotografen
- Bilder im Internet (Bildersuche bei Google) sind nicht frei verfügbar
- Bei Verstoß gegen Urheberrecht droht Abmahnung und/oder auch Schadenersatz

Panoramafreiheit

Auch beim Fotografieren von Häusern oder Kunstwerken im öffentlichen Raum kann juristischer Ärger drohen. Den Interessen des Fotografen stehen das Urheberrecht des Architekten oder Künstlers sowie das Hausrecht des Besitzers entgegen. **Im Unterschied zu anderen Ländern gilt in Deutschland die sogenannte Panoramafreiheit.** Danach darf man die „äußere Ansicht“ von Gebäuden auch ohne Zustimmung des Rechteinhabers fotografieren und veröffentlichen. Allerdings muss der Fotograf während der Aufnahme an einem öffentlich frei zugänglichen Punkt stehen, also etwa an einer Straße und nicht in einer Wohnung im Haus gegenüber.



Agenda

1

Umgang mit Bildern – Was sagt das Gesetz?

2

Und wenn man dagegen verstößt?

3

Beispielsfälle aus der Rechtsprechung

4

Sonderfall der Dashcams

5

Wem gehört eigentlich ein Bild?

6

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy

5

Gesetzesänderung nach dem Fall Edathy

Neunundvierzigstes Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht vom 21. Januar 2015

§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
 1. von einer anderen Person, die sich in einer Wohnung oder einem gegen Einblick besonders geschützten Raum befindet, unbefugt eine Bildaufnahme herstellt oder überträgt und dadurch den höchstpersönlichen Lebensbereich der abgebildeten Person verletzt,
 2. eine Bildaufnahme, die die Hilflosigkeit einer anderen Person zur Schau stellt, unbefugt herstellt oder überträgt und dadurch den höchstpersönlichen Lebensbereich der abgebildeten Person verletzt,
 3. eine durch eine Tat nach den Nummern 1 oder 2 hergestellte Bildaufnahme gebraucht oder einer dritten Person zugänglich macht oder
 4. eine befugt hergestellte Bildaufnahme der in den Nummern 1 oder 2 bezeichneten Art wissentlich unbefugt einer dritten Person zugänglich macht und dadurch den höchstpersönlichen Lebensbereich der abgebildeten Person verletzt.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt von einer anderen Person eine Bildaufnahme, die geeignet ist, dem Ansehen der abgebildeten Person erheblich zu schaden, einer dritten Person zugänglich macht.
- (3) **Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine Bildaufnahme, die die Nacktheit einer anderen Person unter achtzehn Jahren zum Gegenstand hat,**
 - 1. herstellt oder anbietet, um sie einer dritten Person gegen Entgelt zu verschaffen, oder**
 - 2. sich oder einer dritten Person gegen Entgelt verschafft.**
- (4) Absatz 1 Nummer 2, auch in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 3 oder Nummer 4, Absatz 2 und 3 gelten nicht für Handlungen, die in Wahrnehmung überwiegender berechtigter Interessen erfolgen, namentlich der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dienen.
- (5) Die Bildträger sowie Bildaufnahmegeräte oder andere technische Mittel, die der Täter oder Teilnehmer verwendet hat, können eingezogen werden. § 74a ist anzuwenden.

Daten-Dienstag

Privatheit im Netz?

BvD^{e.V.}
Die Datenschützer

Museum für
Kommunikation
Nürnberg

Daten-Dienstag

Privatheit im Netz?

Beginn 19 Uhr, Eintritt frei
Museum für Kommunikation Nürnberg

1995 wurde die Europäische Datenschutzrichtlinie verabschiedet. 20 Jahre danach ist das Internet gewaltig gewachsen und so lohnt es sich, namhafte Fachleute zum überlegten Umgang mit Daten im Netz zu hören und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

13.01.2015 **Sind Daten die Währung von morgen?**
Prof. Dieter Kempf
Präsident BITKOM

10.02.2015 **Bilder von mir im Netz:
Was darf ich und was dürfen andere?**
Thomas Kranig
Präsident des Bayerischen Landesamtes
für Datenschutzaufsicht

17.03.2015 **Produkt oder Verbraucher/in?
Jugendliche im Social Web**
Niels Brüggem
JFF – Institut für Medienpädagogik

14.04.2015 **Rufmord im Netz – wie ich mich
als Person dagegen schützen kann!**
Bernd Fuhler
Revolvermänner GmbH

16.06.2015 **Was macht ihr mit meinen Daten?**
Malte Spitz
Autor, Digital Native und Politiker

15.09.2015 **Europäische Kriminalitätsbekämpfung
und Datenschutz**
Dr. Thomas Petri
Bayerischer Landesbeauftragter
für Datenschutz

22.10.2015 **Ausnahmsweise ganztägig an einem Donnerstag:
Fachtagung des Berufsverbands der
Datenschutzbeauftragten (BvD) e.V.**

17.11.2015 **Cybermobbing**
Prof. Dr. Matthias Brand
Universität Duisburg-Essen, Fachgebiet
Allgemeine Psychologie: Kognition
An allen Terminen ist die Cyber-Bar geöffnet.

Eine Kooperation des
Museums für Kommunikation
mit dem Berufsverband der
Datenschutzbeauftragten Deutschlands
(BvD) e.V. – www.bvdnet.de

Verkehrsverbindungen
U2, U21, U3 Haltestelle Opernhaus
Museum für Kommunikation Nürnberg
Lessingstraße 6
D-90443 Nürnberg
Tel. +49 (0)911 230 88-0
mfk-nuernberg@mspt.de
www.mfk-nuernberg.de

Ein Museum der Museumsstiftung
Post und Telekommunikation
Getragen von der Deutschen Post
und der Deutschen Telekom

Vielen Dank für Ihr Interesse



Thomas Kranig

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht
Promenade 27 (Schloss)
91522 Ansbach

Telefon: (0981) 53-1300
Telefax: (0981) 53-1300
E-Mail: poststelle@lda.bayern.de
Webseite: www.lda.bayern.de